**Michael Gahler,** *im Namen der PPE-Fraktion***.** – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die wirtschaftliche, soziale und die pandemische Lage in Tunesien schwierig ist, wissen alle Beteiligten nicht erst seit diesem Frühjahr. Es gibt im Übrigen viele Länder, die sich in einem komplexen Transformationsprozess befinden, wo es zum Beispiel auch das Problem von Korruption gibt.

Ich würde aber trotzdem keinem der Präsidenten dort deswegen empfehlen, ein demokratisch gewähltes Parlament nach Hause zu schicken. Präsident Saied hat ja nicht die Auflösung des Parlaments mit dem Ziel von Neuwahlen betrieben, sondern er hat sich auf einen Notstandsartikel 80 berufen für den Fall unmittelbarer Gefahr für das Land, seine Sicherheit oder Unabhängigkeit, die das reguläre Funktionieren der öffentlichen Verwaltung beeinträchtigt – ich zitiere die Verfassung. Von einem Streit zwischen Parlament und Präsident ist hierbei nicht die Rede.

Spätestens danach hat er den Rahmen der Verfassung verlassen. Er hätte nämlich zuerst den Regierungschef und den Parlamentspräsidenten konsultieren müssen, und er hätte berücksichtigen müssen, dass entsprechend Artikel 80 Absatz 2 in dieser Lage das Parlament als in ständiger Sitzung befindlich betrachtet wird. Stattdessen hat er es auf unbestimmte Zeit suspendiert und mit dem Dekret 117 seine Dekrete als über der Verfassung stehend deklariert. Das ist meiner Meinung nach nicht mehr und nicht weniger als ein Verfassungsbruch von oben, und er kann auch nicht dadurch geheilt werden, dass es dazu Applaus von der Straße gibt.

Das Land braucht anstelle einsamer Entscheidungen außerhalb der Verfassung einen nationalen Dialog, vielleicht koordiniert durch das Quartett, das bereits in der Vergangenheit hilfreich war und dafür den Friedensnobelpreis bekommen hat. Und als Parlamentarier sage ich: Dazu gehört natürlich auch das demokratisch gewählte Parlament.